

Arbeitspflicht für Asylsuchende: Hoffnung oder Zwang in Traunstein?

Bayern plant eine Arbeitspflicht für Asylbewerber. Experten warnen vor negativen Effekten auf Integration und Sprachkenntnisse.

Traunstein, Deutschland - Die CSU plant in Bayern eine drastische Maßnahme: Asylsuchende sollen künftig verpflichtet werden, gemeinnützige Arbeiten zu verrichten. Wer nach drei Monaten im Land keine reguläre Beschäftigung findet, muss sich einem solchen Job unterziehen oder mit Leistungskürzungen rechnen. In Traunstein wird dieses Konzept bereits praktiziert, wo 400 Personen für Hilfsjobs verpflichtet sind. Der Landrat Siegfried Walch (CSU) berichtet von nur sieben Verweigerern und lobt die positive Bilanz dieser Regelung. Doch die Kritiker sind laut: NGOs sprechen von einem Arbeitszwang, und Experten äußern Bedenken hinsichtlich der tatsächlichen Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Bezahlung für diese Tätigkeiten ist mit 80 Cent pro Stunde äußerst gering, was viele Fragen aufwirft. Forschungen zeigen, dass solche Arbeitsgelegenheiten nicht unbedingt zur Verbesserung der Deutschkenntnisse oder zur Integration in reguläre Jobs führen. Vielmehr könnte der sogenannte Lock-In-Effekt dazu führen, dass Asylbewerber weniger Zeit für die Suche nach regulären Arbeitsplätzen haben. Die CSU setzt auf eine Ausweitung dieser Regelung, um die Asylkrise in den Griff zu bekommen, doch die Umsetzung bleibt herausfordernd. Mehr Informationen zu diesem Thema finden sich in einem Bericht **auf www.zdf.de.**

Details

Ort

Traunstein, Deutschland

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de